



Franz Wagner
Präsident des Deutschen Pflegerats

Editorial

Auflösen keine Option

Pflegekammern treten ein für den Beruf und für bessere Arbeitsbedingungen. Sie bauen Wertschätzung auf und ein Wir-Gefühl. Sie kämpfen für die Rechte der Profession. Das braucht Zeit und Unterstützung. Beides hat man der Kammer in Niedersachsen nicht gegeben. Im Gegenteil. Man hat bewusst gegen sie gearbeitet.

Die Frage ist: Können Pflegekammern in wenigen Jahren das rückgängig machen, was in 100 Jahren zuvor in der Pflege schiefgelaufen ist? Und für das die Politik, aber auch die Gewerkschaften, die maßgebliche Verantwortung tragen. Die größte von letzteren ist nicht nachvollziehbarer Gegner der Kammer. Es ist auch leichter, gegen etwas zu sein, als im eigenen Zuständigkeitsbereich etwas Substanzielles zu erreichen.

Aufgelöst werden soll nun die Pflegekammer in Niedersachsen aufgrund eines fragwürdigen Befragungsergebnisses und zugleich falschen politischen Spiels von SPD und CDU; aufgrund einer einzigen politisch beeinflussten Online-Befragung, bei der 19,4 Prozent der Kammermitglieder teilgenommen haben. Richtig wäre, der Kammer Zeit zu geben, um sich zu entwickeln. Und dann in einer objektiven Befragung zu entscheiden. Das wollte die Politik nicht. Die Pflegekammer soll in Niedersachsen mundtot gemacht werden. Auch aus Angst, dass diese zu einflussreich wird und ihre berechtigten Forderungen den Sozialstaat zu viel kosten?

Es bleibt zu fragen: Warum werden nicht auch die Mitglieder der Ärztekammern, der IHKs und viele weiterer Kammern befragt, ob sie denn eine Kammer wünschen? Das getraut sich Politik nicht. Denn zu mächtig und einflussreich sind diese Kammern heute. Deren Mitglieder profitieren enorm. Ihnen wurde die Zeit gegeben, die die Pflegekammer nicht hatte. Die Nachteile haben die Pflegefachpersonen selbst und mittelbar die Menschen mit Pflegebedarf.

Dr. h.c. Franz Wagner
Präsident des Deutschen Pflegerats



In Kooperation mit

Heilberufe
Pflege einfach machen.

IM FOKUS

Corona-Prämie ohne Konzept

An sich ist eine Corona-Prämie ein Ausdruck der Wertschätzung für den außerordentlichen Einsatz der professionell Pflegenden. Von daher könne man doch nichts gegen die von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn vorgestellte Neuauflage der Corona-Prämie und die dafür seitens des Bundes bereitgestellten Finanzmittel haben?

Der Bundesregierung fehlt aber ein Konzept. Ist man im letzten Jahr mit den in Pflegeeinrichtungen Beschäftigten gestartet und hat bei den Klinikmitarbeitern aufgrund massiver Kritik nachgezogen, so soll jetzt die Prämie nur auf das Klinikpersonal begrenzt werden, gestaffelt nach der Anzahl der an COVID-19 infizierten Patienten. Das ist ein immenser Systemfehler. Er zeigt: Benötigt wird ein Gesamtkonzept, denn alle Pflegenden waren und sind von der Pandemie betroffen – in der direkten Versorgung der Patienten oder auch in der Versorgung potentiell infizierter Personen.

Die Bundesregierung sollte aus den Fehlern lernen. Wenn schon eine Prämie, dann muss sie allen beruflich Pflegenden zukommen. Unabhängig davon, ob sie in Krankenhäusern, in Rehabilitationskliniken oder in den Einrichtungen der ambulanten und stationären Langzeitpflege arbeiten. Wichtig ist eine faire, schnelle und einfache Auszahlung.

Dabei gilt auch jetzt: Um die Pflege für die Zukunft zu stärken, ist eine angemessene Bezahlung mehr denn je wichtiger als jede Prämie.

Christine Vogler

Vize-Präsidentin des Deutschen Pflegerats (DPR)

Pflege doppelt systemrelevant

Bundespflegekammer setzt sich für Profession Pflege ein

Wie sieht die Organisation der Pflege in der nahen Zukunft aus? Wie schätzt die Bundespflegekammer die Entwicklungen dazu ein? Wie können Pflegekammern helfen, die Aufgaben für eine bessere Pflege zu meistern? Um diese Themen ging es bei einem Pressegespräch der Bundespflegekammer. Mit dabei waren drei der vier Präsidiumsmitglieder der Bundespflegekammer: Dr. h.c. Franz Wagner, Präsident des Deutschen Pflegerats e.V. (DPR), Patricia Drube, Präsidentin der Pflegeberufekammer Schleswig-Holstein, und Dr. Markus Mai, Präsident der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz.



Wir haben ein Problem: Der Pflege gehen die Menschen aus – nicht nur, weil wir zu wenig Arbeitskräfte ausbilden und zu viele dem Beruf den Rücken kehren, macht Franz Wagner deutlich. „Allein in den kommenden zehn bis zwölf Jahren werden rund 500.000 Pflegefachpersonen in Rente gehen. Das sind etwa 40 Prozent der Berufsangehörigen in der Pflege.“

Diesen Bedarf gelte es zu decken. „Hinzu kommen noch diejenigen, von denen wir heute bereits ausgehen, dass wir mehr Mitarbeiterinnen und Mitar-

beiter brauchen. Insgesamt ist das eine gewaltige gesellschaftliche Herausforderung“, sagt Franz Wagner und betont: „Es wird bisher zu wenig getan, um das zu kompensieren. Wir brauchen tiefgreifende Weichenstellungen, für mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege.“

Sei am Anfang der Pandemie viel von der Systemrelevanz der Pflege gesprochen worden, so warte man bislang „leider noch immer auf eine angemessene politische Antwort auf diese Feststellung“. In der Konzertierte(n) Aktion Pflege

ge stagniere es, die Frage nach einem Personalbemessungsinstrument werde nur scheinbar in der Langzeitpflege umgesetzt. 20.000 Stellen für Pflegehilfskräfte und Pflegeassistenten seien auf dem Papier geschaffen worden, „vor dem Hintergrund von benötigten mindestens 100.000 überwiegend ein- bis zweijährig qualifizierten Pflegeassistent/innen ist das zu wenig. Und auch bei der Personalbemessung im Krankenhaus tut sich nichts“.

Dies zeige, „wir wollen und müssen bei den politischen Debatten mitreden und politische Entscheidungen für die Profession Pflege beeinflussen. Das sichert eine hochwertige pflegerische Versorgung“, erklärte Franz Wagner weiter. Dies ist auf der Ebene der Bundespolitik



Franz Wagner



Patricia Drube



Dr. Markus Mai

Aufgabe der vor zwei Jahren gegründeten Bundespflegekammer, die seitdem in den Gremien des Deutschen Bundestages, in den Bundesministerien sowie in den Fraktionen des Bundestages als vollwertige Vertretung der Profession Pflege einbezogen wird.

Pflege verdient Mehr: Geld, Anerkennung, Mitsprache und Kompetenzen

„Es fehlt der große Wurf“, erklärte auch Patricia Drube. „Die Situation der Pflegenden ist während der Pandemie nicht besser geworden. Die Berufsgruppe der Pflegenden brennt immer mehr aus. Nach der Pandemie werden wir eine deutlich schlimmere und prekärere Situation in der pflegerischen Versorgung haben, als wir es vor der Pandemie hatten. Wir befürchten einen Pflexit“, mahnt Drube. „Daher braucht Deutschland starke Vertretungen der Pflegefachpersonen, die die Perspektive der Berufsgruppe einbringt und für Verbesserungen in den Rahmenbedingungen kämpft.“

Drube plädiert für eine Pflegewende. Deutlich werde, dass „politische Fehler, die in den vergangenen Jahrzehnten gemacht wurden, zu einem Riesenproblem werden“. Die zentrale Herausforderung sei, „es fehlen uns Menschen“, stimmt sie mit Wagner überein.

„Sehr viele Pflegenden denken darüber nach, aus dem Beruf auszusteigen, weil die Hoffnung schwindet, dass sich wirklich etwas verändert.“ Drube will die Ge-

sundheit der Pflegenden in den Mittelpunkt gestellt sehen. Und es gehe um eine angemessene Personalausstattung, um gesellschaftliche Wertschätzung, die sich auch durch monetäre Anerkennung zeige.

Sie fordert ein Einstiegsgehalt für eine Pflegefachperson von monatlich 4.000 Euro. Davon sei der mit dem Ziel der Allgemeinverbindlichkeit abgeschlossene Tarifvertrag für die Altenpflege weit entfernt gewesen. Er hätte aber zumindest dazu beigetragen, prekären Arbeitsverhältnissen einen Riegel vorzuschieben. „Es ist eine Enttäuschung und Geringschätzung für die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen, dass nicht einmal das unter den Arbeitgebern konsensfähig war. So halten wir die Pflegefachpersonen nicht im Beruf“, sagte Drube.

Ohne Pflege kann die Wirtschaft nicht funktionieren

„Die Pflege ist eine systemrelevante Säule, ohne die Wirtschaft und Gesellschaft auf Dauer nicht funktionieren kann“, weist Markus Mai hin. Die Pandemie habe deutlich gezeigt, wie wichtig Pflege ist und wie wichtig Pflegekammern als Berufsstandsvertretung sind. Mai erwartet aufgrund der hohen Fluktuation, der demografischen Entwicklung und der Zunahme des Pflegebedarfs auf „Jahre hinaus eine Verschlechterung der Fachkräftesituation und eine erheblich zunehmende Mangelversorgung in der Pflege“. „Familienangehörige werden künftig die Betreuungslücke schließen

müssen. Diese fehlen dann weder an ihren Arbeitsplätzen. Das wird dramatische Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Situation und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes haben.“ Mai präzisiert: „Pflege ist nicht nur systemrelevant im Hinblick auf Pandemien oder Katastrophen, sondern Pflege ist eine systemrelevante Säule in unserer Gesellschaft. Ohne Pflege kann Wirtschaft und Gesellschaft auf Dauer nicht funktionieren“. Auch deshalb sei „eine starke Interessenvertretung für unsere Berufsgruppe so wichtig, um genau diese Zusammenhänge schonungslos zur Sprache zu bringen. Die Kammern stehen für den Berufsstand und sind wichtig für die Gesellschaft“.

Zu befürchten sei, dass „nach der Pandemie wichtige Anliegen der Weiterentwicklung der Pflegeberufe wieder in Vergessenheit geraten. Das darf nicht passieren“. Nicht innerhalb von ein, zwei Jahren könne man jedoch die Welt umdrehen. „Die teilweise katastrophale Situation des Berufsstandes, die andere über mehr als 100 Jahre nicht verhindert oder vergrößert haben, lässt sich nicht innerhalb weniger Jahre heilen“, mahnt der Pflegekammer-Präsident Rheinland-Pfalz. Es müsse ein langer Weg gegangen werden, um dies kontinuierlich und konsequent zu ändern. Die Kammern seien dabei einer der wesentlichsten Partner.

bundespflegekammer.de

NEWS

Potenzial der Pflege nutzen

Im Projekt „Zukunft Gesundheitsnetzwerke“ soll in Rheinland-Pfalz eine auf künftige Bedürfnisse ausgerichtete Gesundheitsversorgung für alle entstehen. Der Haken: Die Expertise der Pflege bleibt außen vor.

Zusammen mit der Landeskrankengesellschaft und den gesetzlichen Kassen entwickelt das rheinland-pfälzische Sozialministerium das Projekt „innovative Modelle für die Gesundheitsversorgung der

Zukunft“. Dafür werden zunächst zwei Krankenhausstandorte zu modernen Gesundheitscampus entwickelt. Davon ausgehend sollen regionale Netzwerke mit Krankenhäusern, niedergelassenen Ärzten und weiteren Akteuren entstehen.

Der DBfK Südwest vermisst jedoch die Einbindung von Pflegevertretern: „Wir erwarten, dass die Chancen der Neugestaltung genutzt werden und pflegerische Expertise auf Augenhöhe mit den anderen Akteuren für eine leistungsfähige Gesundheitsversorgung der Zukunft in die

Modelle eingebunden wird“, erklärt die Vorsitzende des DBfK Südwest, Andrea Kiefer. Die Pflege habe längst auf die sich ändernden Bedarfe reagiert, den Pflegeberuf weiterentwickelt und zukunftsweisende Masterstudiengänge wie Community Health Nursing etabliert. Zur Stärkung der beruflichen Pflege gehört es aus DBfK-Sicht auch, die Kompetenzen und Berufsfelder der Pflege in neue Versorgungsstrukturen zu übertragen.

dbfk.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Corona: Hilfestellungen der BGW

Die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) begrüßt die Impfangebote für alle, die im Gesundheitsdienst und in der Wohlfahrtspflege in Kontakt mit dem Corona-Virus kommen können. Denn die berufliche SARS-CoV-2-Infektionsgefahr im Klinik- und Pflegebereich ist besonders hoch. Die Impfung schützt erheblich vor einer COVID-19-Erkrankung, besonders vor schweren Verlaufsformen. Unter bgw-online.de/corona impfung finden sich Informationen zum Versicherungsschutz bei berufsbedingten Impfungen und in Impfzentren sowie ausgewählte Informationsquellen zu COVID-19-Impfungen. So erhält man mit wenigen Klicks einen Überblick und Antworten auf häufige Fragen.

Auf der BGW-Infoseite zur Pandemie unter bgw-online.de/corona geht es u.a. um die Infektionsprävention. Welche Schutzmaßnahmen sind erforderlich und worauf ist zu achten? Weiter bietet die BGW eine telefonische Corona-Hotline an: (040) 202 07 18 80.

Die Corona-Krise fordert Führungskräfte und Beschäftigte im Klinik- und Pflegebereich extrem. Die BGW unterstützt im Umgang mit Krisensituationen: bgw-online.de/psyche.

Geht es um den „Versicherungsschutz bei berufsbedingter COVID-19-Erkrankung“, benötigt die zuständige gesetzliche Unfallversicherung eine Berufskrankheiten-Verdachtsanzeige des Betriebs oder des behandelnden Arztes. Ein Formular zur Anzeige steht bereit unter bgw-online.de/formulare-bk-verdacht.

bgw-online.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Christine Vogler (verantwortlich)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
(„Haus der Gesundheitsberufe“)
Tel.: 030 398 77 303; Fax 030 398 77 304
www.deutscher-pflegerat.de

„Pflege Positionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE.

Verlag: Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 827875500, Fax: 030 827875505

Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505
www.springerpflege.de

Befragung**Beunruhigende Zahl bei Ausbildungsabbrüchen**

Eine Mitgliederbefragung des Bundesverbands Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe (BLGS) e.V. zeigt, die Abbrecherquote in der Pflegeausbildung ist alarmierend, wenn auch bislang nicht flächendeckend.

Im Rahmen einer Mitgliederbefragung des Bundesverbands Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe (BLGS) e.V. wurden im Februar Daten zu den Abbruchquoten der Auszubildenden in der generalistischen Pflegeausbildung erhoben. Der sehr hohe Rücklauf von insgesamt rund 300 Schulen zeugt von der enormen Bedeutung und Aktualität des Themas.

Ergebnis: Es existiert ein sehr gemischtes Bild mit breiter Streuung: die Abbruchquoten liegen zwischen 0% und 27%. Einige Schulen haben weiterführende Hinweise gegeben, u.a. zur Einordnung der Abbrüche im Vergleich zu bisherigen Kursen. Den Zahlen entsprechend berichteten einige Schulen von normalen (vereinzelt auch relativ niedrigen), andere von höheren Quoten als gewöhnlich.

Hauptursache schlechte Rahmenbedingungen

Mehrere Schulen wiesen explizit darauf hin, dass die Ursachen nicht in der neuen generalistischen Struktur der Pflegeausbildung liegen, sondern sich wie bisher vielfältig gestalten; am häufigsten wurden hier schlechte Bedingungen in der praktischen Ausbildung genannt.

Weitere Probleme: Neben den Ausbildungsabbrüchen wurden weitere Probleme angesprochen. Hier bestätigen sich v.a. bestehende Hinweise, dass die Nadelöhreinsätze (ambulante Pflege, Pädiatrie) sowie der Lehrkräftemangel zunehmend problematisch wirken. Es sind bereits konkrete Fälle eingetreten, in denen Ausbildungsplätze deshalb nicht be-

setzt beziehungsweise nicht wie gewünscht erhöht werden konnten.

Zahl der Abbrüche vermutlich höher

Interpretation: Es muss davon ausgegangen werden, dass manche Schulen nur die Abbrüche gemeldet haben, die auf aktive Kündigung seitens der Auszubildenden zurückzuführen sind. Zudem werden die Quoten wegen des anstehenden Endes von Probezeiten der Oktoberkurse (traditionell das Datum mit der größten Zahl an beginnenden Ausbildungskursen) in Kürze steigen. Die Gesamtverluste dürften also insgesamt noch höher liegen.

Generell zeigt sich, dass es Schulen gibt, an denen der Einstieg in die neue Pflegeausbildung im Hinblick auf die Ausbildungszahlen bislang recht erfolgreich verlaufen ist, während andere mit massiven Problemen und auch mit Verlusten zu kämpfen haben. Dies deckt sich mit den Rückmeldungen, die dem BLGS auch aus weiteren Beratungsgesprächen und Kontakten bekannt sind.

Fazit: Die Rückmeldungen geben derzeit keine Hinweise auf flächendeckende massive Ausbildungsabbrüche, allerdings auch keinen Grund zur Entwarnung. Der BLGS wird die Ergebnisse und vor allem die genannten Probleme aufgreifen und immer wieder an geeigneter Stelle an die Politik adressieren. Die Befragung wird zudem zu einem späteren, aussagekräftigeren Zeitpunkt in erweiterter Form wiederholt.

blgsev.de